



HEIMATBRIEF

Aus dem Bundestag – Für das Erzgebirge

Liebe Freunde, liebe Wähler, liebe Mitglieder und Förderer!

2026 beginnt mit einer bitteren Wahrheit: Für die Bürger wird das Leben teurer, aber die Probleme werden nicht kleiner. An den Tankstellen, bei Heizöl, Gas und Strom spüren wir die Folgen einer Energiepolitik, die nicht an Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit ausgerichtet ist, sondern an Ideologie. Die neue Bundesregierung hat den verhängnisvollen Kurs der Ampel nicht beendet, sondern führt ihn in wesentlichen Punkten beherzt fort. Höhere CO₂-Kosten, steigende Preise und neue Abhängigkeiten treffen vor allem jene, die jeden Tag arbeiten, pendeln, heizen und rechnen müssen – also alle, die das Land am Leben erhalten.

Dass Deutschland damit auf einem Irrweg ist, wird inzwischen sogar dort sichtbar, wo man es lange nicht hören wollte: EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen bezeichnete die Abkehr von der Kernkraft jüngst selbst als strategischen Fehler. Was die Bürger seit Jahren bezahlen müssen, wird nun nach und nach auch von jenen eingestanden, die diese Entwicklung mitzuverantworten haben.

Darum widmen wir diesem Heimatbrief ein Sonder-Windkraft-Dossier. Denn die Energiefrage entscheidet längst nicht nur über Preise, sondern auch über Wohlstand, Industrie, Landschaft und Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Wer Heimat bewahren will, muss endlich auch wieder vernünftige Energiepolitik machen.

Mit besten Grüßen, Euer Thomas Dietz – Bundestagsabgeordneter der AfD

Erster Heimatbrief 2026 mit **Sonder-Windkraft-Dossier**



GIGANTISCHE WINDINDUSTRIEANLAGEN – ABER WER ZAHLT AM ENDE DEN PREIS?

Windkraft bedeutet nicht nur Stromproduktion. Vielmehr bedeutet Windkraft ein wachsendes System aus Netzengpässen, Abregelungen („Geisterstrom“), Entschädigungszahlungen, Eingriffen in Natur und Landschaft – und ein Dauerkonflikt um Gesundheit, Immobilienwerte und Tourismus. Seit Jahren wird uns erzählt, Windkraft sei die saubere, günstige und nahezu folgenlose Lösung unserer Energieprobleme. Doch wer sich ernsthaft mit Studien, Zahlen und Erfahrungen aus betroffenen Regionen beschäftigt, erkennt schnell: Dieses Bild hat mit der Realität nur noch wenig zu tun.

Es ist höchste Zeit, offen über die tatsächlichen Folgen dieser Energiepolitik zu sprechen.

1. „Geisterstrom“ – Wenn Strom produziert wird, den niemand nutzen kann – und trotzdem bezahlt wird

Was viele nicht wissen: Erneuerbare Anlagen werden regelmäßig abgeregelt, weil Leitungen fehlen oder Netze überlastet sind. Der Strom wäre da – kann aber nicht transportiert oder gebraucht werden. Die Kosten bleiben trotzdem.

- In Deutschland gibt es für solche Fälle Entschädigungszahlungen an Betreiber abgeregelter Anlagen. Das EEG regelt dabei, dass i. d. R. bis zu 95% der entgangenen Einnahmen ersetzt werden.
- Diese Mechanik ist kein Randthema mehr, sondern ein Milliardenkomplex: Die Bundesnetzagentur beziffert die Kosten des Netzengpassmanagements (u.a. Redispatch/Abregelung) in der Größenordnung von rund 3,2 Mrd. Euro (für 2023; Monitoringbericht 2024).

- Die Plattform SMARD beschreibt zudem: Abregelung/ Engpassmaßnahmen sind teuer – die „Reduzierung von EE-Anlagen“ kostet im Schnitt ~200 €/MWh (2024 vorläufig), Redispatch konventioneller Anlagen lag bei ~142 €/MWh.

Und wer bezahlt das?

Nicht „der Staat“ im luftleeren Raum – sondern am Ende die Stromkunden, also Sie, über Ihre Stromrechnung!

Ein durchschnittlicher Haushalt mit etwa 3.500 kWh Stromverbrauch zahlt inzwischen **mehrere hundert Euro pro Jahr** allein an Netzentgelten. Die Kosten des Netzengpassmanagements lagen 2023 bei rund 3,1 Mrd Euro. Diese Kosten werden über die Netzentgelte auf alle Stromverbraucher umgelegt. Rechnet man diese Summe überschlägig auf den deutschen Stromverbrauch von rund 450–500 TWh, ergibt sich eine Belastung von etwa 0,6 Cent pro Kilowattstunde allein für diesen Kostenblock (also deutlich mehr als die oft genannten 0,2 Cent).

2. Auswirkungen auf Gesundheit

Der Zusammenhang zwischen Windkraftanlagen und gesundheitlichen Beeinträchtigungen wird politisch häufig heruntergespielt. Die wissenschaftliche Literatur zeigt jedoch ein klares Bild. Studien belegen, dass der von Windkraftanlagen ausgehende Lärm mit Belästigung, Stress und Schlafstörungen in Verbindung steht. Eine häufig zitierte Untersuchung von Bakker et al. (2012) zeigt genau diesen Zusammenhang zwischen Windturbinenlärm und gesundheitlicher Belastung der Anwohner.

GIGANTISCHE WINDINDUSTRIEANLAGEN – ABER WER ZAHLT AM ENDE DEN PREIS?

Dass dieses Thema ernst genommen werden muss, zeigt auch ausnahmsweise die WHO: Sie hat Windturbinenlärm ausdrücklich in ihre Umweltlärm-Leitlinien aufgenommen und empfiehlt Grenzwerte, um gesundheitliche Beeinträchtigungen zu vermeiden. Beim Thema Infraschall wird häufig behauptet, er spiele keine Rolle. Tatsächlich ist der Forschungsstand differenzierter. Zwar sieht das Umweltbundesamt derzeit keine eindeutigen Belege für direkte gesundheitliche Schäden, gleichzeitig wird jedoch ausdrücklich darauf hingewiesen, dass Langzeitwirkungen bislang unzureichend untersucht sind. Genau deshalb fordern immer mehr Experten umfassendere Langzeitstudien. Wer also behauptet, Windkraft habe keine gesundheitlichen Auswirkungen, ignoriert den aktuellen Stand der Forschung.

3.Immobilien – Windräder drücken nachweislich Hauspreise

Für viele Familien ist das Eigenheim die größte Investition ihres Lebens. Genau deshalb ist die Wirkung von Windparks auf Immobilienwerte ein zentrales Thema. Eine große Analyse des RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung auf Grundlage von ImmoScout24-Daten kommt zu einem klaren Ergebnis, was einem auch schon die eigene Vernunft sagt: Häuser in der Nähe von Windkraftanlagen verlieren an Wert; pro Kilometer Entfernung beträgt der durchschnittliche Preisrückgang rund 7 Prozent. Entscheidend sind dabei v.a. Höhe der Anlagen, Entfernung und Sichtbezug. Der Ausbau der Windkraft betrifft also nicht nur Landschaft und Energiepolitik – er betrifft direkt das Eigentum von Bürgern.

4.Tourismus: Windparks schwächen ganze Regionen wirtschaftlich

Besonders in ländlichen Regionen ist Landschaft ein wirtschaftlicher Standortfaktor. Mehrere Untersuchungen zeigen, dass Windparks negative Auswirkungen auf den Tourismus haben. Eine räumliche Panelanalyse zeigt eine negative Beziehung zwischen der Zahl von Windkraftanlagen in der Umgebung einer Gemeinde und der touristischen Nachfrage – insbesondere außerhalb der Küstenregionen. Eine Analyse der Leibniz-Universität Hannover kam bereits 2015 zu dem Ergebnis, dass Windkraftanlagen im Umkreis von bis zu 20 Kilometern touristische Aktivitäten negativ beeinflussen.

Für Regionen wie unser Erzgebirge bedeutet das: Windparks können nicht nur Landschaft verändern, sondern auch Arbeitsplätze und Einnahmen im Tourismus gefährden.

5.Natur und Umwelt: Windenergie ist kein folgenloser Eingriff

Windkraft wird oft als vollkommen naturfreundliche Technologie dargestellt, was das Bundesamt für Naturschutz widerlegt: Windenergieanlagen stellen eine erhebliche Gefahr für Fledermäuse und bestimmte Vogelarten dar. Ursachen sind u.a. Kollisionen und sogenannte Barotrauma-Effekte durch Druckveränderungen an den Rotorblättern. Darüber hinaus zeigen wissenschaftliche Übersichtsarbeiten, dass große Windparks lokale Mikroklimata verändern. Rotoren beeinflussen Luftströmungen und erzeugen Turbulenzen, die Auswirkungen auf Temperatur, Feuchtigkeit und Bodenprozesse haben. Windkraft ist also keineswegs ein Eingriff ohne Folgen.

WINDKRAFT-DOSSIER: WARUM IMMER MEHR GEMEINDEN IHRE LANDSCHAFT OPFERN MÜSSEN

Deutschland gilt offiziell als reich. Der Staat erzielt Rekordsteuereinnahmen, der Bundeshaushalt umfasst inzwischen weit über 500 Milliarden Euro, und zugleich plant der Bund für 2026 eine Neuverschuldung von rund 100 Milliarden Euro im Kernhaushalt. Rechnet man die Schuldenaufnahme der Sondervermögen hinzu – etwa für Bundeswehr, Infrastruktur und Klimafonds –, liegt die reale Kreditaufnahme deutlich höher, in einer Größenordnung von über 170 Milliarden Euro. Gemessen an den tatsächlichen Gesamtausgaben heißt das: Rund jeder dritte Euro des Bundes stammt nicht aus erwirtschafteten Einnahmen, sondern aus Kredit.

Und trotzdem stehen unsere Städte und Gemeinden finanziell so schlecht da wie lange nicht mehr. Allein 2024 lag das kommunale Finanzierungsdefizit bei rund 24,8 Milliarden Euro – ein historischer Negativrekord. 2023 waren es noch 6,6 Milliarden Euro. Das Defizit hat sich also innerhalb nur eines Jahres nahezu vervierfacht.

Gleichzeitig wächst der Investitionsrückstand weiter an. Je nach Erhebung liegt er inzwischen zwischen 186 und über 215 Milliarden Euro. Schulen, Straßen, Brücken, Sportstätten, Schwimmbäder, kulturelle Einrichtungen – vielerorts wird nicht mehr modernisiert, sondern nur noch notdürftig verwaltet.

Die entscheidende Frage lautet deshalb: Wie kann es sein, dass ein Staat mit Rekorderlösen und wachsender Verschuldung seine Kommunen dennoch finanziell ausbluten lässt?

Die Antwort ist ziemlich eindeutig: Deutschland hat kein Einnahmenproblem. Deutschland hat ein Strukturproblem.

Unsere Kommunen tragen rund ein Viertel aller öffentlichen Aufgaben, erhalten aber nur etwa 14 Prozent der gesamten Steuereinnahmen. Gleichzeitig sind 80 bis 90 Prozent ihrer Ausgaben Pflichtaufgaben.

Das bedeutet: Die Gemeinden müssen leisten, haben aber kaum noch Gestaltungsspielraum.

Besonders dramatisch ist die Entwicklung bei den Sozialausgaben. In vielen kommunalen Haushalten machen sie inzwischen mehr als 50 Prozent des Gesamtetats aus. Kinder- und Jugendhilfe, Eingliederungshilfe, Kosten der Unterkunft, Sozialleistungen nach SGB II, VIII und XII – all diese Ausgaben steigen seit Jahren massiv.

Allein im ersten Halbjahr 2024 stiegen die Sozialausgaben um 12,5 Prozent, die Kinder- und Jugendhilfe um 17,1 Prozent und die Eingliederungshilfe um 13,6 Prozent. Beschlossen werden viele dieser Leistungen im Bund. Bezahlt werden sie jedoch vor Ort.

Das Konnexitätsprinzip – also der Grundsatz „Wer bestellt, bezahlt“ – existiert in Sonntagsreden und in der politischen Theorie. In der kommunalen Praxis erleben wir seit Jahren das Gegenteil.

WINDKRAFT-DOSSIER: WARUM IMMER MEHR GEMEINDEN IHRE LANDSCHAFT OPFERN MÜSSEN

**Das Märchen vom reichen Staat –
und die Wahrheit in unseren Kommunen**

500 Mrd. € Haushalt
100 Mrd. € Schulden

- ▶ 24 Mrd. € Defizit der Kommunen
- ▶ Über 50 % Sozialausgaben
- ▶ 80-90 % Pflichtaufgaben
- ▶ Verfall statt Zukunft

**Die Gemeinden sind keine Selbstverwaltung mehr...
... sie sind Vollstrecker fremder Gesetze.**

Wenn das Geld fehlt, wachsen Windräder und Solarparks.

Ein Alarmsignal für unser Staatsgefüge.

Thomas Dietz
Mitglied des Bundestages

Bund und Länder beschließen neue Standards, neue Rechtsansprüche, neue Leistungen – und die Kosten schlagen bei den Gemeinden auf, ohne dass eine auskömmliche Finanzierung mitgeliefert wird. Was passiert also, wenn die Pflichtausgaben immer weiter steigen, die Einnahmen aber nicht Schritt halten? Dann werden die freiwilligen Leistungen gestrichen. Vereinsförderung. Kulturangebote. Dorffeste. Bibliotheken. Schwimmbäder. Jugendclubs. Genau das also, was Heimat lebendig macht und das Leben vor Ort lebenswert hält. Gleichzeitig hört der Bürger im Fernsehen, Deutschland investiere Milliarden in Transformation, Klimaneutralität und Infrastrukturprogramme. Doch diese politische Erzählung geht an der Wirklichkeit vieler Gemeinden vollständig vorbei.

Die Realität ist: Die kommunale Selbstverwaltung wird finanziell ausgehöhlt. Bürgermeister und Gemeinderäte werden immer mehr zu Vollstreckern fremder Gesetze – mit immer weniger eigenem Handlungsspielraum.

Und genau aus dieser strukturellen Schiefelage heraus entsteht ein Phänomen, das in der öffentlichen Debatte oft falsch verstanden wird: Warum genehmigen immer mehr Gemeinden Wind- und Solarprojekte im Außenbereich?

Nicht deshalb, weil sie überall aus ideologischer Überzeugung Vorreiter der sogenannten Energiewende sein wollen. Sondern weil sie unter massivem finanziellem Druck nach Überlebensstrategien suchen.

Wenn das reguläre Finanzsystem nicht mehr trägt, beginnt der Ausverkauf der Landschaft.

WINDKRAFT-DOSSIER: GEISTERSTROM UND FEHLANREIZE

Hinzu kommt ein Mechanismus, den kaum jemand kennt, der aber viel über den Zustand dieses Systems verrät. Nach § 6 EEG erhalten Gemeinden 0,2 Cent pro KWh von Betreibern großer Wind- und Solaranlagen. Offiziell ist das eine Beteiligung der Kommunen an der Energiewende. In der politischen Kommunikation klingt das nach Fairness und regionaler Teilhabe. Was allerdings kaum bekannt ist: Diese 0,2 Cent werden nicht nur für tatsächlich eingespeisten Strom gezahlt, sondern auch für Strom, der wegen Netzüberlastung gar nicht produziert werden durfte. Wenn Anlagen abgeregelt werden – im Rahmen von Redispatch oder Einspeisemanagement –, erhalten die Betreiber eine Entschädigung für die Strommenge, die sie theoretisch hätten erzeugen können. Und auf genau diese fiktiv berechnete Menge wird ebenfalls die kommunale Beteiligung von 0,2 Cent angewendet. Das heißt im Klartext: Die Gemeinde erhält Geld für Strom, der nie im Netz angekommen ist.

Im Jahr 2023 wurden über 15 Milliarden Kilowattstunden erneuerbarer Strom abgeregelt. Die Kosten für das Netzengpassmanagement lagen bei mehr als 3 Milliarden Euro. Auch 2024 bewegten wir uns weiterhin im Milliardenbereich. Diese Summen zahlen nicht die Betreiber aus eigener Tasche. Sie werden über die Netzentgelte und damit über die Stromrechnung auf die Verbraucher umgelegt. Ein durchschnittlicher Haushalt mit 3.500 Kilowattstunden Jahresverbrauch zahlt inzwischen mehrere hundert Euro pro Jahr allein an Netzentgelten. 2025 lagen die Netzentgelte im Durchschnitt bei über 12 Cent pro Kilowattstunde.

Gerade für mittelständische Unternehmen bedeuten diese Kostensteigerungen erhebliche Zusatzbelastungen; vielerorts liegen die Netzkosten inzwischen 20 bis 30% höher als noch zuvor. Man muss sich diese Konstruktion nüchtern ansehen: Der Bürger zahlt über die Stromrechnung für Netzengpässe. Der Betreiber erhält eine Entschädigung für nicht produzierten Strom. Und die Gemeinde bekommt 0,2 Cent pro KWh – auch auf fiktive Strommengen. Je schlechter der Netzausbau in einer Region, desto häufiger werden Anlagen abgeregelt und desto berechenbarer werden diese Einnahmen. Das ist kein Vorwurf an Bürgermeister oder Gemeinderäte. Viele Gemeinden stehen mit dem Rücken zur Wand. Wenn eine scheinbar verlässliche Einnahmequelle angeboten wird, greifen sie verständlicherweise zu. Aber politisch stellt sich eine grundsätzliche Frage: Warum schaffen wir ein System, in dem Schein und Illusion zu einer stabilen Einnahmequelle werden? Warum fließen Milliarden in Netzengpassmanagement, während gleichzeitig Schulen verfallen, Straßen marode sind und kommunale Investitionen ausbleiben? Warum finanzieren Bürger über steigende Netzentgelte ein System, das strukturelle Schwächen nicht behebt, sondern lediglich kaschiert?

Hier geht es ganz offensichtlich um Fehlanreize. Ein funktionierender Staat sollte Effizienz belohnen – nicht Stillstand. Wenn Geisterstrom zur Haushaltsposition wird, ist das kein Fortschritt, sondern ein Symptom dafür, dass das System an entscheidenden Stellen aus dem Gleichgewicht geraten ist.

WINDKRAFT-DOSSIER: GESITERSTROM UND ERSATZ-GEWERBESTEUER

Geisterstrom saniert Schwimmbäder

Nach §6 EEG erhalten Gemeinden **0,2 Cent** pro Kilowattstunde auch **auf nicht produzierten Strom**.

- ▶ **2023:** Über **15 Mrd. kWh** abgeregelter Strom
- ▶ **3 Mrd. €** Redispatch-Kosten 2023
- ▶ Auch **2024** weiter im Milliardenbereich

Diese Kosten zahlen nicht „die Konzerne“

- ✔ Der Bürger zahlt die Stromrechnung,
- ✔ Der Betreiber erhält Entschädigung,
- ✔ Die Gemeinde kassiert – auch auf Geisterstrom.

Wenn **Geisterstrom** zur Haushaltsposition wird, läuft etwas falsch.
Ein Symptom für Fehlanreize, kein Fortschritt.



Thomas Dietz
Mitglied des Bundestages 

Der Acker als Ersatz für Industriepolitik

Freiflächen-Solar ist in vielen Gemeinden kein Klimaprojekt – sondern eine **Ersatz-Gewerbesteuer**.

- Industrie schwächt
- Gewerbesteuer stagniert
- Kreisumlage frisst Einnahmen
- Soziallasten explodieren
- **200 Mrd. €** Investitionsstau

Ein Solarpark oder Windräder bringen der Gemeinde:

- **0,2 Cent** pro Kilowattstunde
- zusätzliche Gewerbesteuer
- Pachteinnahmen
- Infrastruktur-Abgaben

Einnahmen für die Gemeinde

Statt echter **Industriepolitik** entsteht ein strukturpolitischer Notverkauf von Landschaft.
Ein Symptom für Fehlanreize, kein Fortschritt.



Thomas Dietz
Mitglied des Bundestages 

WINDKRAFT-DOSSIER: DER ACKER ALS ERSATZ-GEWERBESTEUER

Damit wird auch verständlich, warum in ganz Deutschland immer mehr landwirtschaftliche Flächen zu Solarparks werden und warum immer neue Windkraftanlagen entstehen – selbst dort, wo die Netze längst überlastet sind.

Früher war die Gewerbesteuer der stabile Motor kommunaler Haushalte. Eine produktive Industrie vor Ort brachte Arbeitsplätze, Wertschöpfung und damit auch verlässliche Einnahmen. Doch diese Grundlage erodiert zunehmend. Die Industrieproduktion in Deutschland ist rückläufig. Energiepreise liegen im internationalen Vergleich auf hohem Niveau. Investitionen werden verschoben, Produktionsstandorte verlagert oder ganz aufgegeben. Die Gewerbesteuereinnahmen der Kommunen stiegen 2024 gerade einmal um rund 0,3% – während gleichzeitig die Ausgaben zweistellig anzogen. Hinzu kommt die Kreisumlage. Viele Gemeinden müssen 30 bis 40% ihrer Umlagegrundlagen an den Landkreis abführen, um dort wiederum steigende Sozialausgaben mitzufinanzieren. Selbst wenn also zusätzliche Einnahmen entstehen, fließt ein erheblicher Teil davon sofort weiter. In dieser Lage wird jede halbwegs stabile Einnahmequelle attraktiv. Ein größerer Solarpark von etwa 50 Hektar kann einer Gemeinde jährlich 200.000 bis 300.000 Euro bringen – über die §-6-EEG-Beteiligung, über Pachteinnahmen, über Gewerbesteuer, sofern Gewinne anfallen, und über Einmalzahlungen für Infrastrukturmaßnahmen. Dazu kommt: Wie bereits beschrieben, werden die 0,2 Cent teilweise sogar auf fiktive Strommengen gezahlt, wenn Anlagen wegen Netzüberlastung

abgeregelt werden. Für viele Kommunen ist genau dieses Geld oft eines der wenigen verfügbaren Mittel, das nicht sofort vollständig durch Pflichtaufgaben gebunden ist. Und genau hier liegt das eigentliche strukturelle Problem. Wenn produktive Wertschöpfung schwächelt, wird Flächenverwertung zum Ersatzmodell. Der Acker wird zum Einnahmeinstrument. Der Bebauungsplan wird zum Finanzierungshebel.

Die Landschaft wird zur Ersatz-Gewerbesteuer. Währenddessen verschuldet sich der Bund, einschließlich Sondervermögen, in dreistelliger Milliardenhöhe.

Gleichzeitig steigen die Zinslasten massiv. 2021 zahlte der Bund rund 4 Milliarden Euro Zinsen. 2026 werden es bereits über 30 Milliarden Euro sein. Für 2029 werden sogar über 60 Milliarden Euro prognostiziert. Dieses Geld ist dauerhaft gebunden. Es fehlt damit an anderer Stelle – auch bei einer tragfähigen Unterstützung der kommunalen Ebene. Unten in der Fläche aber hängt die Handlungsfähigkeit einer Gemeinde immer häufiger davon ab, wie viele Anlagen auf ihrem Gebiet stehen.

Das ist ein trauriger Notmechanismus. Ein Industrieland sollte seine Kommunen über produktive Arbeit finanzieren – nicht über Umlageströme, Ausgleichsmechanismen und die Versiegelung oder Industrialisierung seiner Landschaft.

Wenn die finanzielle Stabilität einer Gemeinde davon abhängt, wie viele Anlagen auf Freiflächen stehen, wie häufig diese abgeregelt werden und wie hoch die Netzentgelte für Bürger und Unternehmen steigen, dann läuft etwas grundsätzlich schief.

WINDKRAFT-DOSSIER: 33% NEUVERSCHULDUNG – UND UNTEN KOMMT NICHTS AN

Die Schiefelage endet nicht bei den Gemeinden, sondern ist Ausdruck einer tiefer liegenden Fehlentwicklung in der gesamten Staatsarchitektur.

Deutschland nimmt so viele Steuern ein wie nie zuvor und verschuldet sich gleichzeitig in einer Größenordnung wie seit Jahrzehnten nicht mehr. Im Kernhaushalt plant der Bund 2026 rund 100 Milliarden Euro neue Schulden. Einschließlich der Sondervermögen liegt die reale Neuverschuldung bei deutlich über 170 Milliarden Euro. Gemessen an den Gesamtausgaben entspricht das einer Quote von rund 33 Prozent.

Mit anderen Worten: Jeder dritte Euro des Bundes ist kreditfinanziert.

Und trotzdem kommt unten zu wenig an. Die Sondervermögen wurden ursprünglich als Ausnahmeinstrument eingeführt. Heute sind sie zu einem strukturellen Bestandteil der Haushaltsführung geworden. Milliarden werden kreditfinanziert bereitgestellt – für Bundeswehr, Infrastruktur, Klima- und Transformationsprogramme. Gleichzeitig steigen die Zinskosten dramatisch an und binden immer größere Teile des Haushalts. Ein Blick auf die Ausgabenstruktur des Bundes zeigt das Ausmaß dieser Bindungen: Der Etat für Arbeit und Soziales liegt bei knapp 200 Milliarden Euro – also bei fast 40 Prozent des gesamten Haushalts. Der Zuschuss zur Rentenversicherung beträgt über 120 Milliarden Euro. Ein erheblicher Teil der staatlichen Einnahmen ist damit bereits strukturell verplant. Zugleich werden weitere Rechtsansprüche geschaffen, etwa im Bereich Kinderbetreuung oder Sozialleistungen, deren Umsetzung und Folgekosten erneut an die kommunale Ebene weitergereicht werden.

Das bedeutet: Oben wächst die Verschuldung, unten wächst das Defizit, und in der Mitte steigen die Belastungen für Bürger und Unternehmen. Die entscheidenden Fragen liegen deshalb auf der Hand: Wenn wir jedes Jahr dreistellige Milliardenbeträge zusätzlich aufnehmen – warum sehen unsere Städte und Gemeinden davon keine spürbare Entlastung? Warum bleibt der Investitionsstau bestehen? Warum sind Sportstätten marode? Warum fehlen Mittel für kulturelle Einrichtungen und für ein funktionierendes Vereinsleben? Warum kämpfen viele Gemeinden ums bloße finanzielle Überleben?

Die Antwort lautet: Weil ein erheblicher Teil der Kreditaufnahme konsumtive Strukturen stabilisiert, statt die produktive Basis nachhaltig zu stärken. Wir finanzieren laufende Systeme, aber wir stärken nicht ausreichend die reale Wertschöpfung vor Ort.

Und genau hier schließt sich der Kreis zur Windkraft- und Freiflächenpolitik. Wenn die reguläre Finanzarchitektur nicht mehr trägt, greifen Kommunen zu dem, was übrig bleibt: 0,2 Cent nach § 6 EEG, Pachtzahlungen, Einnahmen aus Freiflächenprojekten. Diese Einnahmen sind nicht Ausdruck gesunder Entwicklung, sondern Ausdruck strukturellen Drucks.

Während der Bund sich verschuldet, die Zinslasten steigen und Milliarden in Nebenhaushalte und Ausgleichssysteme fließen, hängt die Handlungsfähigkeit einer Gemeinde teilweise davon ab, wie viele Windräder oder Solarflächen sich auf ihrem Gebiet befinden.

Das ist ein in sich krankes Staatsgefüge!

WINDKRAFT-DOSSIER: TRANSFORMATION ALS TARNUNG

Die politische Debatte versucht all das oft unter großen Schlagworten zu überdecken:

Transformation. Klimaneutralität. Zukunftsinvestitionen. Modernisierung. Doch bei genauer Betrachtung zeigen Begriffe wie Geisterstrom, § 6 EEG, Ausverkauf landwirtschaftlicher Flächen und 33% Neuverschuldung nur Symptome. Das eigentliche Problem liegt tiefer.

Das Problem ist die Staatsarchitektur – und die Verantwortung dafür trägt die Bundesregierung.

Sie setzt Standards, beschließt Rechtsansprüche, weitet Leistungen aus und reicht die Umsetzung nach unten durch. Bezahlt werden müssen Kitas, Sozialhilfe, Unterkunftskosten, Integrationsleistungen und viele weitere Verpflichtungen in den Städten und Gemeinden. Gleichzeitig bleibt die Finanzierung unzureichend. Über 50 Prozent der kommunalen Haushalte fließen inzwischen in Sozialausgaben. 80 bis 90 Prozent der Ausgaben sind Pflichtaufgaben. Freiräume verschwinden. Selbstverwaltung wird ausgehöhlt.

Parallel dazu werden immer neue Sondervermögen, Förderprogramme, Umlagesysteme und Nebentöpfe geschaffen. Milliarden für Transformation, Klimaneutralität und Infrastruktur – kreditfinanziert. Doch diese Konstruktionen lösen nicht die Ursache, sondern überdecken sie lediglich. Die sogenannte Transformationspolitik kaschiert in Wahrheit ein marodes Grundsystem. Statt produktive Wirtschaftskraft zu stärken, werden Umverteilungsmechanismen ausgebaut. Statt einer verlässlichen Industriepolitik wird Energiepolitik zur Ersatzlösung.

Statt klarer Finanzverantwortung werden Schulden in Nebenhaushalte verschoben. Statt einer auskömmlichen kommunalen Finanzierung wird den Gemeinden signalisiert, sie könnten sich über Flächenverwertung und Energieprojekte ein Stück Handlungsspielraum zurückkaufen.

Das ist kein zukunftsfestes Modell.

Ein gesunder Staat funktioniert von unten nach oben: starke Gemeinden, starke Regionen, starker Bund. Was wir derzeit erleben, ist das Gegenteil. Oben wächst die Verschuldung. In der Mitte steigen Abgaben und Energiekosten. Unten schrumpft der Handlungsspielraum.

Wenn die Basis finanziell ausblutet, helfen keine Sondervermögen und keine Transformationsetiketten mehr. Dann braucht es eine grundlegende Korrektur.



WINDKRAFT-DOSSIER: WAS SICH ÄNDERN MUSS!

Die politische Antwort darauf kann nicht sein, immer neue Anreize zum weiteren Ausbau auf Kosten von Natur, Heimat und Lebensqualität zu setzen. Es braucht stattdessen eine Rückkehr zu soliden staatlichen Grundprinzipien. Dazu gehört **erstens** das Konnexitätsprinzip endlich ernst zu nehmen: Wer bestellt, muss auch bezahlen. Wer im Bund oder im Land neue Pflichten beschließt, darf die Rechnung nicht dauerhaft an die kommunale Ebene durchreichen.

Zweitens braucht es eine Stärkung produktiver Wertschöpfung statt dauerhafter Umverteilung. Kommunen müssen wieder stärker von Arbeit, Mittelstand und Industrie leben können – nicht von Ersatzmechanismen, Ausgleichszahlungen und Landschaftsverbrauch. **Drittens** muss die ideologisch getriebene Transformationspolitik auf den Prüfstand. Ein Staat, der seine finanzielle Schieflage mit Sonderhaushalten, Umlagen und Flächenverwertung kaschiert, verliert seine Balance. Wirtschaftliche Substanz muss wieder Vorrang vor politischer Symbolik bekommen. Und **viertens** brauchen unsere Städte und Gemeinden eine auskömmliche Finanzierung, die nicht davon abhängt, wie viele Windräder oder Solarparks auf ihrem Gebiet errichtet werden. Die Handlungsfähigkeit einer Gemeinde darf nicht an der Industrialisierung ihrer Heimat hängen. Was heute vielerorts als Fortschritt verkauft wird, ist in Wahrheit häufig Ausdruck kommunaler Not. Wenn Gemeinden Wind- und Solarprojekte im Außenbereich genehmigen, geschieht das oft nicht aus Überzeugung, sondern aus Mangel an Alternativen.

Wenn Geisterstrom zur Haushaltsgröße wird, wenn Bürger über steigende Netzentgelte die Fehlsteuerung des Systems finanzieren und wenn Ackerflächen zur Ersatz-Gewerbsteuer werden, dann ist das kein Zeichen gesunder Energie- oder Finanzpolitik. Es ist ein Alarmsignal.

Ein Staat, der dauerhaft über Kredite strukturelle Schwächen kaschiert, verschiebt Probleme in die Zukunft. Ein Finanzsystem, das Gemeinden zwingt, ihre Landschaft zur Einnahmequelle zu machen, verliert seine innere Ordnung. Und ein Land, das seine kommunale Basis finanziell ausbluten lässt, gefährdet am Ende nicht nur seine Haushalte, sondern auch seine Heimat, seine Lebensqualität und seine politische Stabilität. Genau deshalb muss dieses System auf den Prüfstand. Die Grundvoraussetzung dafür ist ein grundlegender Politikwechsel zur Vernunft. Hier helfen auch keine kosmetischen Veränderungen, an dieser Stelle muss es einen kompletten Neustart geben. Der Natur- und Landschaftsschutz muss wieder in den Vordergrund rücken, im Einklang mit einer einheimischen Landwirtschaft, deren Existenz gesichert und gegen naturzerstörende Billigkonkurrenz aus dem Ausland geschützt werden muss. Da es im Bund aufgrund der Medienpropaganda auf absehbare Zeit noch keine absolute Mehrheit für die AfD geben wird, brauchen wir die Unterstützung von fortschrittlichen Denkern aus anderen Parteien und der Bevölkerung, denen bewusst ist, dass diese selbstmörderische und Deutschland zerstörende Politik nicht so weitergehen kann.

Ich lade deshalb alle progressiven Kräfte zur Zusammenarbeit ein.

SPANIEN IM WIND. ZWISCHEN ENERGIEWENDE UND UNGELÖSTEN NEBENWIRKUNGEN

Bei meinen gelegentlichen Europa-reisen hat es mich immer wieder zu denselben Orten gezogen: auf Hügelkämme, Hochebenen, Küsten-ränder – dorthin, wo sich die Windparks wie technische Wälder in die Landschaft stellen. Spanien war für mich dabei besonders eindrücklich. Auf den ersten Blick wirkt vieles großzügiger, weiter, „mehr Platz“. Aber je länger ich mir die Projekte anschaute, desto klarer wurde: Die Konfliktlinien ähneln denen in Deutschland – nur mit regional unterschiedlichen Regeln und denselben blinden Flecken. Was mich am meisten beschäftigt hat, war die Nähe zur Wohnbebauung. In Spanien gibt es keine einheitliche landesweite Abstandsregel – stattdessen legen autonome Regionen und Planungsinstrumente unterschied-liche Mindestabstände fest. In Katalonien findet sich zum Beispiel ein Mindestabstand von 500 Metern zwischen Windrädern und dem Rand von Siedlungskernen. Gleichzeitig zeigen Fälle aus Galicien, wie umstritten diese Nähe ist: Dort wird in der Praxis über „5-mal Anlagenhöhe“ als Mindestanforderung diskutiert, und Gerichte haben Projekte auch wegen großer Nähe zu Ortschaften gestoppt – teils lagen geplante Anlagen um die 510 Meter an einem Siedlungskern, mehrere Weiler sogar unter 1.000 Metern. Und dann sind da die „leisen“ Umweltfragen, die man nicht sofort sieht, die aber überall mitlaufen. Mikroplastikabrieb ist so ein Thema: Rotorblätter bestehen aus Verbundkunststoffen, und durch Erosion (Wind, Regen, Partikel) können Kunststoffpartikel in die Umwelt gelangen.

Studien beziffern die Größenordnung je nach Annahmen und Standort sehr unterschiedlich – aber dass es den Effekt gibt, ist inzwischen gut dokumentiert. Wenn man unter den Anlagen steht, sieht man, wohin dieser Abrieb geht – in Böden, in Gewässer und letztlich landet er in Nahrungsketten. Ähnlich bei der Austrocknung der Böden durch Luftverwirbelung: Auch hier wird heftig gestritten, was „gefühl“ und was „messbar“ ist. Es gibt Forschung, die zeigt, dass Windparks lokal die Durchmischung und den Austausch in Bodennähe verändern – und dass in bestimmten Settings die Bodenfeuchte innerhalb und im Lee von Windparks sinkt. Für Regionen in Spanien, die ohnehin immer häufiger unter Wasserstress stehen, trifft so eine Diskussion einen Nerv. Ich bin aus Spanien nicht mit der einfachen Botschaft zurückgekommen, dass dort „alles besser“ oder „alles schlimmer“ sei. Sondern mit dem Gefühl, dass in Europa vielerorts derselbe Fehler gemacht wird: Ideologie ersetzt Vernunft und schafft Probleme mit starken und nachhaltigen Auswirkungen.

